

V3 Präventive grüne Drogenpolitik statt repressiver Brandenburger Drogensumpf

Gremium: Grüne Jugend Brandenburg
Beschlussdatum: 25.02.2017
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge Verschiedene

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BRANDENBURG fordert eine liberalere, verantwortungsvolle
2 Drogenpolitik. Die Reduzierung von Gesundheitsrisiken soll der zentrale Aspekt
3 unserer Politik sein. Die Bürger*innen Brandenburgs sehen wir als mündige
4 Menschen, die wir mit unserer Politik unterstützen wollen.

5 Die derzeitige Drogenpolitik ist gescheitert. Gerade die Zahl junger
6 Cannabiskonsument*innen steigt trotz repressiver Maßnahmen weiter an.
7 Insbesondere bei Konsument*innen im heranwachsenden Alter ist die Gefahr
8 nachhaltiger Schäden groß. Auf den Schwarzmarkt hat die Politik keinen Zugriff.
9 Deshalb wollen wir den Cannabisvertrieb und Konsum aus dem rechtsfreien Raum
10 herauslösen und unter staatliche Kontrolle stellen. Eine Entkriminalisierung
11 wird nur dann eine positive Wirkung zeigen, wenn sie mit einer umfassenden
12 Ausweitung und Verbesserung präventiver Angebote verknüpft wird.

13 Daher fordert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BRANDENBURG:

- 14 • Die Brandenburger Landesregierung soll die Forderung des Berliner
15 Koalitionsvertrages hinsichtlich eines CannabisPilotprojektes zur legalen
16 Abgabe, bei der durch hohe Standards ein geregelter und
17 qualitätsgesicherter Vertrieb erfolgen kann, unterstützen. Zusätzlich dazu
18 müssen Regelungen bezüglich der Entkriminalisierung des Mitführens von
19 Cannabis und des eigenen Anbaus an die Berliner Gesetzeslage angepasst
20 werden. Wir wollen uns dafür an den Richtlinien des 2015 von der
21 Bündnisgrünen Bundestagsfraktion eingebrachten Entwurf eines
22 Cannabiskontrollgesetzes orientieren.
- 23 • Darüber hinaus fordern wir die konsequente Umsetzung des § 31a des
24 Betäubungsmittelgesetzes (BtMG), nach dem der Besitz illegalisierter
25 Substanzen auf Grundlage des Eigenbedarfs in geringen Mengen als
26 strafrechtlich unbedenklich eingestuft werden kann.

27 Die Erfahrung zeigt, dass es trotz aller staatlichen Eingriffe immer Menschen
28 mit problematischem Konsumverhalten geben wird. Diese Menschen wollen wir mit
29 einer Ausweitung des präventiven Angebots in Brandenburg unterstützen. Daher
30 fordern wir insbesondere:

- 31 • Die Einrichtung sogenannter Drogenkonsumräume. Diese sollen Möglichkeiten
32 bieten, Drogen steril zu injizieren. Ansprechpartner*innen vor Ort sollen
33 eine gesundheitliche Überwachung ermöglichen und Entzugsprogramme
34 vermitteln. Damit wollen wir vor allem opiatabhängigen Menschen helfen und
35 deren Rehabilitierungschancen deutlich steigern. Auch eine kostenfreie
36 Mitnahme von sterilem Injektionsmaterial soll dort möglich sein. Ebenfalls
37 soll geprüft werden ob die finanzielle Förderung sogenannter

38 Spritzenautomaten zur Beschaffung steriler Spritzen in Brandenburg eine
39 sinnvolle Ergänzung darstellt

40 • Ein großes Problem ist, dass Konsument*innen oft keine Informationen über
41 den Reinheitsgehalt der konsumierten Substanzen haben. Dem wollen wir
42 durch sogenannte DrugChecking-Programme begegnen. Im Rahmen dieser soll es
43 die Möglichkeit geben, kostenfrei den Reinheitsgehalt von Substanzen
44 überprüfen zu lassen. Die Risiken durch gefährliche Streckmittel oder zu
45 hoch dosierte Präparate können dadurch deutlich reduziert werden. Durch
46 die Erhebung anonymisierter Daten über gängige Konsummuster und beliebte
47 Substanzen in Brandenburg wollen wir Präventionsangebote zudem
48 zielgerichteter machen.

49 • Die Präventionsangebote an Brandenburger Schulen sind derzeit
50 unzureichend. Außerdem bezieht sich die Aufklärung über Gefahren von
51 Drogenkonsum zurzeit zu oft nur auf Gefahren durch Tabakprodukte und
52 Alkohol. Es muss flächendeckende Präventionsveranstaltungen und
53 Schulungsprogramme durch Fachkräfte an Schulen geben. Dabei soll versucht
54 werden, die Jugendlichen in ihrer jeweiligen Lebenssituation abzuholen.
55 Deshalb müssen solche Angebote auf Augenhöhe mit den Schüler*innen
56 stattfinden. Fachkräfte sollen angehalten werden, in solchen Angeboten
57 Bevormundung der Schüler*innen zu vermeiden und diese im Sinne mündiger
58 Akteur*innen anzusprechen. Die Programme sollen sich gezielt auch mit den
59 Gefahren von weiteren Drogen, die in der derzeitigen Lebenssituation
60 junger Menschen eine Rolle spielen wie Cannabis oder Ecstasy,
61 beschäftigen.

62 Ein spezielles Problem in Brandenburg sind die mindestens 10.000 Crystal Meth
63 abhängigen Menschen. Unter ihnen viele schwangere, oft junge Frauen. Für diese
64 Menschen wollen wir ein speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes
65 Präventionsprogramm schaffen. Neben niedrigschwelligen Angeboten zur Beratung
66 wollen wir die Mechanismen verbessern Betroffene sozial aufzufangen. Das wollen
67 wir erreichen indem wir die Gründung von Selbsthilfegruppen unterstützen und die
68 Lage der Angehörigen verbessern, sodass sie mehr Möglichkeiten zur Hilfeleistung
69 haben. Für Kinder betroffener Eltern wollen wir engmaschige Betreuungs- und
70 Hilfsangebote.

71 Für die medizinische Behandlung Crystal Meth abhängiger Menschen und besonders
72 von abhängigen schwangeren Frauen ist aufgrund geringer Fallzahlen in deutschen
73 Krankenhäusern und der ambulanten Versorgung wenig Erfahrung und
74 Standardisierung vorhanden. Dem wollen wir durch die Unterstützung von
75 Krankenhäusern, die sich auf solche Fälle spezialisieren, begegnen. Die
76 Kommunikation und Interaktion zwischen medizinischer Versorgung, sozialer und
77 präventiver Unterstützung wollen wir ebenso verbessern.

78 Die Substitutionsprogramme für schwer heroinabhängige Menschen sind ein großer
79 Erfolg der Medizin. Wir stehen der Erforschung vergleichbarer Programme für
80 Crystal Meth abhängige Menschen daher aufgeschlossen gegenüber. Die Bewertung
81 und Einführung eines solchen Programms sehen wir nicht in politischer
82 Verantwortung. Dies obliegt den zuständigen medizinischen Fachgesellschaften im
83 Sinne einer evidenzbasierten Medizin.

84 Menschen werden immer Substanzen mit potentiellen oder nachgewiesenen
85 Gesundheitsrisiken konsumieren. Dass Tabak und vor allem Alkohol als Bestandteil
86 unserer Kultur gelten, zeigt dies überdeutlich. Die Erforschung von Mechanismen
87 die zu Sucht und Krankheit durch solche Substanzen führen, die Untersuchung von
88 Nebenwirkungs/Schädigungsprofile, sowie die Suche nach neuartigen Substanzen mit
89 potenziell geringeren Gesundheitsrisiken retten daher Leben.

90 Wir wollen uns daher für die uneingeschränkte Zulassung von illegalisierten
91 Substanzen in kontrollierter Forschung stark machen.

92 Erkenntnisse, wie die des „Independent Scientific Committee on Drugs“ und
93 Untersuchungen in den USA in den 60ern und 70ern legen nahe, dass beispielsweise
94 LSD oder MDMA (Ecstasy) enorme Potenziale für die Behandlung psychischer
95 Krankheiten wie Depressionen oder Posttraumatischen Belastungsstörungen haben.
96 Daher wollen wir den Weg ebnen für die Erprobung alternativer
97 Behandlungsmethoden mit dem Betäubungsmittelgesetz unterliegenden Substanzen.

Begründung

Die moderne westliche Drogenpolitik ist nicht nur gescheitert, sondern auch unverantwortlich. Dies belegen zahlreiche Studien, etwa die stark beachtete von Werb et al. in der medizinischen Fachzeitschrift BMJ Open oder die des britischen „Independent Scientific Committee on Drugs“. Die Unterscheidung in legale und illegale Substanzen erscheint völlig willkürlich, sieht man sich an, dass es beispielsweise 2013 in der Bundesrepublik 121.000 Tabaktote gab. David Nutt, renommierter Experte auf dem Gebiet und zuvor im Dienst der britischen Behörde gegen den Drogenmissbrauch, die unter anderem Empfehlungen für eine Klassifizierung von Substanzen nach Gefahrenpotenzial ausgibt, sieht auf Basis seiner Erkenntnisse keinen Zusammenhang zwischen dem Schadenspotenzial von Drogen und ihrem Legalitätsstatus beziehungsweise ihrer Handhabe in der Politik. Neben dem Verlust an Glaubwürdigkeit der mit einer solchen politischen Agenda einhergeht, schließlich sollten sich politische Maßnahmen an ihrer Notwendigkeit und dem Nutzen für die Bevölkerung orientieren, wird durch die damit einhergehende Stigmatisierung der Substanzen ohne verwertbare Grundlage das Gegenteil dessen erreicht, was sich eine jede Drogenpolitik zum Ziel setzt. Die Abwendung von Schaden für die Bürger*innen scheint von geringerem Interesse als eine Ideologie, die Alkohol als Kulturgut definiert, und Cannabis und andere Substanzen als Gift diffamiert. In einer groß angelegten und von Wissenschaftler*innen in unterschiedlichen Bereichen durchgeführten, 2010 im Lancet veröffentlichten, Studie wurde eine Einschätzung 20 gängiger Substanzen nach ihrem Schädigungspotenzial (bis maximal 100) vorgenommen. Alkohol (72) wird hier in der Summe auf dem ersten Platz noch vor Heroin (55) geführt. Die in Deutschland als harte Drogen eingestuft Substanzen Psilocybin (6), LSD (7) und MDMA (10) rangieren auf den hintersten Plätzen, Konsument*innen allerdings werden durch geltendes Recht zu Straftätern gemacht. Auch eine Eigenmedikation bei bestimmten Krankheiten kann durch bis dato illegale Substanzen sehr erfolgreich sein, ist das System in dieser Hinsicht doch noch recht festgefahren. Aber Differenzierungen oder Verständnis gibt es in diesem Kontext nicht.

Abseits dieser Aspekte, die Konsument*innen von Cannabis das Recht einräumen würde, nicht nur Alkohol als Genussmittel zu sehen, gibt es auch ganz praktische Argumente für eine Legalisierung. Durch eine Enttabuisierung könnte ein erfolgreicherer, weil ehrlicherer Jugendschutz betrieben werden. Aufklärung und Prävention sind wichtig für die Sicherheit der Konsument*innen und können gerade in Brandenburg die Probleme mit bedenklicheren Substanzen wie Crystal Meth angehen, da eine am Schadenspotenzial orientierte Politik dieses nicht mehr mit Cannabis in einen Topf werfen würde. Vor allem jüngeren Menschen könnte eine Entkriminalisierung, die nicht länger unverhältnismäßige Folgen nach sich ziehen kann, in Zukunft nicht mehr Ausbildungschancen o.Ä.

verbauen. Die legalisierte Abgabe von Cannabis würde insbesondere Jugendliche davon abhalten mit zwielichtigen Vertriebswegen in Kontakt zu kommen, die aus Gründen der Profitmaximierung das Schadenspotenzial außen vor lassen. So wird letztendlich der Zugang zu als besonders schädlich zu erachtenden Substanzen erschwert.

Die organisierte Kriminalität würde durch eine drogenpolitische Weiterentwicklung indes geschwächt, Schwarzmarktgeld für Cannabis oder solches für gestreckte Drogen (die von Konsument*innen besser identifiziert werden könnten) würde nicht mehr in kriminellen Kreisen zirkulieren, in denen Menschen ernsthaft gefährdet werden. Die ausbleibende Verfolgung durch die Polizei würde diese zudem entlasten, stellten sich doch bis August 2015 schon über 120 Strafrechtsprofessoren und der Bund Deutscher Kriminalbeamter gegen Verfolgung und Stigmatisierung. Der Staat darf die Bürger durch die Drogenpolitik nicht schädigen. Es ist deshalb notwendig, Schaden und Nutzen der Drogenpolitik unvoreingenommen wissenschaftlich zu überprüfen. Wir fordern daher, dass sich die Politik dieser Verantwortung bewusst wird und nicht mehr Schaden durch eine unüberlegte Drogenpolitik angerichtet als verhütet wird.